

P R E S S E M I T T E I L U N G

18. Februar 2004

Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller: Bau von Bundesfernstraßen leidet unter der Finanzpolitik des Bundes

Investitionsstau von rd. 2 Mrd. Euro wegen dramatischer Finanzlage beim Bund - Enormer Nachholbedarf

"Der Bundesfernstraßenbau leidet unter der katastrophalen Finanzpolitik des Bundes", sagte Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller am Mittwoch (18. Februar 2004) anlässlich des Süddeutschen Straßentages der Initiative ProMobilität in Stuttgart. Notwendig sei eine verlässliche Finanzpolitik des Bundes, um das überlastete und teilweise in schlechtem Zustand befindliche Bundesfernstraßennetz zu erhalten und auszubauen. Man könne "5 vor 12" noch gegensteuern, um den Investitionsstau von rd. 2 Mrd. Euro im Land aufzulösen, wenn ausreichend Mittel für den Bundesverkehrswegebau zur Verfügung gestellt würden. Nötig seien rd. 350 Mio. Euro pro Jahr in Baden-Württemberg. Selbst die im Herbst in Aussicht gestellten 225 Mio. Euro seien nicht mehr gewährleistet, da 180 Mio. Euro davon aus der Maut hätten kommen sollen. Im Land hätten in den letzten Wochen verschiedene Bundesfernstraßenprojekte nicht ausgeschrieben werden können, da kein "Grünes Licht" vom Bund für die Finanzierung vorliege. "Der Verkehr auf den Bundesfernstraßen nimmt unaufhaltsam zu, insbesondere der Güterverkehr. Die dringend notwendige Realisierung von Autobahnprojekten wird vom Bund aus finanziellen Gründen blockiert - ein fatales Signal für die Wirtschaft und insbesondere für die Bauwirtschaft", erklärte Minister Müller.

Die Schlüsselaufgabe ist die Sicherstellung leistungsfähiger Verkehrssysteme und die Gewährleistung ökologisch verträglicher und zukunftsorientierter Mobilität. Nach Auffassung des Ministers müssen die drängendsten Verkehrsengepässe so schnell wie möglich beseitigt werden, damit Transport und Verkehr nicht zu

Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung würden. Selbst Bundesverkehrsminister Dr. Stolpe habe beim "World Mobility Forum" eingeräumt, dass Baden-Württemberg bei den Finanzaufstellungen für den Bundesfernstraßenbau zu kurz gekommen sei. Trauriges Ergebnis dieser Entwicklung seien fehlende Ortsumgehungen und ein stockender Autobahnausbau.

Minister Müller bezeichnete die gescheiterte Einführung der LKW-Maut als peinlich für die Politik der Bundesregierung und die beteiligten Unternehmen. Die Bundesregierung habe versagt, aber auch die Unternehmen hätten nicht für die Folgen ihres Verhaltens einstehen wollen. Auf dieser Basis könnten keine verlässlichen Verträge geschlossen werden. Der finanzielle Ausfall für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sei immens. Der Bundesverkehrsminister habe von einem Schaden von 6,5 Mrd. Euro gesprochen. Er (Müller) werde bei der Verkehrsministerkonferenz am Aschermittwoch fordern, die wegen der erwarteten Mauteinnahmen reduzierten Haushaltsmittel wieder heraufzusetzen. Wenn Toll Collect in den nächsten zwei Monaten keinen akzeptablen Vorschlag auf den Tisch lege, wäre der Bund auch in der Pflicht, eine praktikable Lösung für die LKW-Maut vorzuschlagen.

Nach Darstellung des Ministers ist der Landesstraßenbau für die Bauwirtschaft ein Lichtblick, der geprägt ist durch Kontinuität und Verlässlichkeit. In den Jahren 1997 bis 2003 habe Baden-Württemberg ein Sonderfinanzierungsprogramm mit rd. 360 Mio. Euro aufgelegt. In der Straßenerhaltung sei das Finanzvolumen seit 2002 auf rd. 50 Mio. Euro angewachsen, das nicht angetastet werden solle. Derzeit liege der Schwerpunkt bei der Fortführung laufender Projekte, im Doppelhaushalt 2005/2006 sollen dann wieder größere Projekte in Angriff genommen werden. "In den Aus- und Neubau sowie in die Substanzerhaltung des Landesstraßennetzes wird in Baden-Württemberg von Seiten des Landes sehr viel Geld investiert. Damit schaffen wir zumindest in diesem Bereich ein gute Straßeninfrastruktur und wir geben Aufträge an die Wirtschaft", so Minister Müller.